



Zur Bedeutung des Öffentlichkeitsbegriffs für die Medienpädagogik

Lea Braun

1. Einleitung

"Politik handelt von dem Zusammen- und Miteinandersein der *Verschiedenen*. Politisch organisieren sich die Menschen nach bestimmten wesentlichen Gemeinsamkeiten in einem absoluten Chaos, oder aus einem absoluten Chaos der Differenzen" (Arendt, 1993, S. 9/10). Politik beruht nach Arendt (1993) also auf der Pluralität der Menschen. Dies bedeutet, dass im öffentlich-politischen Raum potentiell alle anwesend sein können und somit gleich sind – in ihrem Anderssein (Althaus 2000).

Vor dem Hintergrund einer globalisierten Welt und damit verbunden einer immer größer werdenden Weltgemeinschaft werden immer mehr Forderungen nach einem globalen öffentlichen Raum und einer partizipatorischen Organisation politischer Prozesse laut (Winter 2012). Ziel dessen ist eine transnationale Zivilgesellschaft. Übertragen auf das Zitat Arendts (1993) bedeutet dies, dass eine Gemeinschaft geschaffen

werden soll, in der die unterschiedlichsten Menschen auf der gleichen *öffentlichen* Ebene zusammen treffen können.

Betrachtet man den aktuellen medialen Diskurs über Chancen und Risiken der digitalen Medien, so fällt auf, dass der Diskurs vor allem durch die binäre Opposition von Öffentlichkeit und Privatheit geprägt ist. Es wird davon ausgegangen, dass sich im Zuge einer "Mediatisierung des Öffentlichen" Vorstellungen über das Öffentliche, sowie damit einhergehend bestimmte Handlungsweisen und Alltagspraxen der Menschen verändert haben (Wimmer 2012).

Das Private scheint hingegen eine besondere Bedeutung zu erhalten, wenn es um den Schutz der eigenen Daten geht. Im medialen Diskurs ist dies vor allem durch die Enthüllungen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden zum Thema geworden. Datenschutz ist seither ein wichtiges Schlagwort aber auch der Selbstschutz durch Nicht-Preisgeben des eigenen Privaten. Damit einher geht sicherlich auch der persönliche Rückzug aus dem Internet.

Ganz im Gegensatz dazu steht der mediale Diskurs über das Öffentliche. Hier könnte der Imperativ lauten: Beteiligt euch, seid aktiv, macht aufmerksam auf...! Das Internet wird hier als das Mittel zur politischen Partizipation[1] schlechthin begriffen. Als Beispiel hierfür wird oft der Arabische Frühling herangezogen, denn hier sollen es vor allem junge Bloggerinnen und Blogger gewesen sein, die virtuell zu mehr Demokratie aufgerufen haben (vgl. bspw. <https://www.3sat.de/page/?source=/wissenschaftsdoku/sendungen/163648/index.html> [letzter Zugriff: 17.11.2016]). Aber auch Facebook und Twitter – sonst eher durch Datenschutzskandale in Verruf geraten – standen plötzlich in glänzendem Licht.

Doch welche Rolle kann Medienpädagogik im Diskurs über das Öffentliche einnehmen? Welche Konzepte können helfen, sich dem Gegensatz zwischen Privatem und Öffentlichem auf einer theoretischen Ebene zu nähern? Diese Frage soll Thema des vorliegenden Beitrages sein.

2. Der Öffentlichkeitsbegriff

Der deutschsprachige politisch-öffentliche Raum scheint bisher relativ unerforscht zu sein: Vor allem die Frage, wie Jugendliche und junge Erwachsene hier Öffentlichkeit herstellen und politisch agieren ist nicht untersucht. Gerade vor dem Hintergrund einer globalisierten Welt ist anzunehmen, dass auch diese Personengruppe digitale Räume auf einer transnationalen Ebene nutzt. Besonders junge Jugendliche, die durch das Wahlrecht auch von demokratischen Prozessen weitgehend ausgeschlossen sind, könnten hier eine Plattform zur Teilhabe finden.

Jedoch sind es heute nicht die politischen Parteien, die das Vertrauen der jungen Menschen genießen, sondern vielmehr Menschenrechtsorganisationen und Umweltschutzgruppen (Hurrelmann und Albert 2015b). Diese Befunde legen nahe, dass sich 'das Politische' innerhalb der jungen Generation verändert. Es scheint nicht mehr das klassische demokratische Parteiensystem zu sein, das jungen Menschen nahe ist, sondern themenbezogene politische Arbeit. Die Ergebnisse zeigen zudem, dass sich das Politische in den virtuellen Raum verlagert: Es scheint naheliegender zu sein, eine Online-Petition zu unterzeichnen, als dies an einem Straßenstand zu tun (Hurrelmann und Albert 2015a).

Gleichzeitig werden Jugendliche auch immer mehr zu Content-Produzierenden (Hurrelmann und Albert 2015a). Das bedeutet, sie sind immer häufiger nicht mehr nur passive NutzerInnen des Internets, sondern aktiv an der Produktion von Inhalten beteiligt. Interessanterweise nutzen die Jugendlichen das Internet vermehrt als Gestaltungsmöglichkeit, um auf einfache Weise Menschen im Ausland an ihrem Leben zu beteiligen (Hurrelmann und Albert 2015a).

Nicht nur im medialen, auch im philosophischen bzw. politikwissenschaftlichen Diskurs findet eine Unterscheidung zwischen Öffentlichem und Privatem statt. Bei Habermas (1990) stellt vor allem die Definition des Öffentlichkeitsbegriffs einen Beitrag zu einer politischen Theorie der Demokratie dar. Dieser Beitrag ist normativ zu verstehen:

Demokratie kann es nur geben, wenn es eine Öffentlichkeit geben kann und umgekehrt. Ebendiese Öffentlichkeit ist hier als ein Raum zu verstehen, der offen für kommunikative Prozesse ist. Innerhalb dieser kommunikativen Prozesse kann sich wiederum eine öffentliche Meinung bilden (Habermas 1990).

Bei Habermas (1990) stellt Öffentlichkeit hier insofern eine Art politisches Werkzeug dar, als sie Regierende zum Handeln auffordern kann. Diese beiden Ideen werden in der Habermas'schen Demokratietheorie als *normative Legitimität* und *politische Effektivität* bezeichnet (Habermas 1990). Mit Bezug auf medienpädagogische Überlegungen – beispielsweise zum Umgang mit dem Privaten im Öffentlichen – könnte das Internet hier ein Medium darstellen, über das Öffentlichkeit hergestellt werden kann.

Der Öffentlichkeitsbegriff ist hier außerdem durch eine politische Gemeinschaft geprägt, die lokal begrenzt ist. Diese Annahme legt einen Territorialstaat zu Grunde, der von anderen Staaten abgegrenzt ist. Im Kontext der Idee von einer *transnationalen Öffentlichkeit* kritisiert Fraser (2008) in *"Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in der postwestfälischen Welt"*, dass Personen, die nicht Mitglieder ein- und derselben politischen Gemeinschaft sind, "nicht über die gleichen Teilnahmerechte am politischen Leben verfügen" (Fraser 2008, 19). Vor dem Hintergrund einer globalisierten Welt erscheint die Annahme Habermas nicht haltbar.

Übertragen auf medientheoretische Überlegungen könnte das Internet in der habermas'schen Theorie einen Raum darstellen, innerhalb dessen Öffentlichkeit hergestellt werden kann. Es könnte demnach digital möglich sein, politische Prozesse zu erzeugen und auf diese Weise demokratischen Prinzipien zu folgen. Diese Öffentlichkeit ist jedoch territorial begrenzt und auf den Nationalstaat bezogen. In Zeiten eines World Wide Web erscheint diese These nicht haltbar.

Weitere Kritik an dieser Theorie bezieht sich hauptsächlich auf den Aspekt, dass vor allem das Vorhandensein systemischer Hindernisse an der Herstellung von Öffentlichkeit bei Habermas (1990) völlig fehlt (Fraser 2008). Hier stellt Fraser eine Forderung nach mehr Gegenöffentlichkeiten:

"Anstatt die im Liberalismus übliche Vorstellung einer einzigen umfassenden Öffentlichkeit zu akzeptieren, erkläre ich, dass die Entstehung subalternen Gegenöffentlichkeiten die Partizipationsmöglichkeiten der unteren Schichten in stratifizierten Gesellschaften verbessern könne." (Fraser 2008, 23)

Anders als Habermas (1990) definiert Arendt (1960) in *Vita Activa Oder Vom tätigen Leben* das Öffentliche in Abgrenzung zum Privaten. Im Gegensatz zu Habermas Ansatz kann dieser Gedanke helfen, die binäre Opposition von Privatheit und Öffentlichkeit zu analysieren, die auch im digitalen Raum eine Rolle zu spielen scheint. Hier ist der Zugang ein historischer: Bei Arendt (1960) hat das Öffentliche seinen Ursprung im antiken Griechenland. Hier gehen Bürger auf den Marktplatz (Agora) der Stadt (Polis), um gemeinsam Themen zu debattieren und Entscheidungen zu treffen. Auf diese Weise agieren sie öffentlich. *Öffentlich* bedeutet bei Arendt: "*erstens*, daß alles, was vor der Allgemeinheit erscheint, für jedermann sichtbar und hörbar ist, wodurch ihm die größtmögliche Öffentlichkeit zukommt [...]" (Arendt 1960, 49). und "[...] *zweitens* die Welt selbst, insofern sie das uns gemeinsame ist und als solches sich von dem unterscheidet, was uns privat zu eigen ist, also dem Ort, den wir unser Privateigentum nennen" (Arendt, 1960, S.52).

Demgegenüber steht das Private, der Haushalt, die eigenen vier Wände, die geschützt von allem Äußeren sind.

Strukturell unterscheidet sich das Private nach Arendt (1960) dadurch vom Öffentlichen, dass es auf der Agora möglich ist, gleich zu sein. Während das Private fast schon auf einer Ungleichheit basiere, ist es dort möglich, weder befehlen zu müssen, noch gezwungen zu sein, Befehle auszuführen. Das bedeutet, im Gegensatz zum Öffentlichen, ist es im Privaten möglich, frei zu sein. Dabei ist die Teilnahme an der Öffentlichkeit auf der Agora dem freien Bürger vorenthalten, er hat die Lebensnotwendigkeiten des privaten Haushalts (*oikos*) überwunden (Arendt 1960).

Nach Arendt (1960) verschwindet die Grenze zwischen Öffentlichem und Privatem mit der Etablierung einer gesellschaftlichen Ordnung. Nun ist es möglich, in der Öffentlichkeit anonym aufzutreten und nicht erkannt zu werden: das Private ist in das Öffentliche gerückt. Mit dem Verschwinden der Grenzen zwischen beiden Bereichen, verschwinden nun per Definition auch die Bereiche selbst (Arendt 1960). Bezogen auf die heutige Zeit, in der per Laptop oder Smartphone jederzeit Kommunikationen mit der 'Außenwelt' stattfinden können, bedeutet dies vor allem, dass es weder möglich ist, privat zu sein, noch öffentlich. Mit einem Anliegen 'an die Öffentlichkeit zu gehen' ist per Definition nicht möglich, 'sich in seine privaten Gemächer zurückzuziehen' genauso wenig. Die Theorie Arendts scheint demnach aktueller denn je.

In *Bodies In Alliance and the Politics of the Street* stellt Butler (2011) die Frage, wie durch politische Demonstrationen öffentlicher Raum konstruiert wird. Die Autorin kritisiert in diesem Zusammenhang dass Arendt in ihre Überlegungen nicht mit einbeziehe, dass auf der antiken Agora, dem Ort an dem politische Themen debattiert und über Wichtiges entschieden wurde, weder Fremde noch Sklaven zugelassen waren (Butler, 2011). Es gab demnach ganze Personengruppen die von politischen Prozessen ausgeschlossen wurden, was bedeutet, dass sie kein Teil der Vielfalt werden konnten, die die Öffentlichkeit ausmachte (Butler 2011). Auf der Agora selbst ist es also möglich, gleich zu sein, innerhalb der Polis herrschten jedoch Ungleichheitsverhältnisse.

Auch wenn es hier um das Politische des Öffentlichkeitsbegriffs geht und sich die Theorie relativ gut auf die heutige Zeit anwenden lässt, muss auch hier festgestellt werden, dass sie demokratischen Denkweisen und Vorstellungen folgt. Auch die Kritik Butlers (2011) hat demokratische Prinzipien und Denkweisen zur Grundlage. Auf transnationaler Ebene kann an dieser Stelle konstatiert werden, dass demokratische Prinzipien als anderen Prinzipien überlegen angenommen werden und auf diese Weise einen normativen Charakter erhalten.

Neutraler und somit weniger präskriptiv erscheinen in diesem Zusammenhang Ansätze aus der Systemtheorie. Für pädagogische

Überlegungen kann dieser Ansatz daher insofern gewinnbringend sein, als er vor dem Hintergrund einer globalisierten Welt leichter auf andere politische Systeme anwendbar ist. Bei Luhmann (1970) bedeutet Öffentlichkeit

"daß das politische System Situationen herstellt, in denen die Neutralisierungsfunktion öffentlicher Situationen erfüllt werden kann - in denen also Kommunikationen nicht durch nichtpolitische Teilsysteme der Gesellschaft (z. B. durch Familien, Forschungsgruppen, Banken, schichtenspezifische Clubs) und auch nicht durch Besonderheiten engerer Teilsysteme des politischen Systems (z. B. einzelner Interessenverbände politischer Parteien, Ressorts) strukturiert sind, sondern eben durch Themen der öffentlichen Meinung." (Luhmann 1970, 18)

Öffentlichkeit ist hier abgelöst von (hierarchischen) Strukturen des politischen Systems. Dies impliziert, dass es nicht von der Position einer Person im System abhängen kann, ob Öffentlichkeit hergestellt wird. Eine Person mit einer hohen Position innerhalb einer Hierarchie kann in der Theorie genauso Öffentlichkeit herstellen, wie jemand 'der ganz unten steht', da eine Hierarchie per Definition schlichtweg keinen Einfluss auf die Herstellung haben kann.

Öffentlichkeit kann demnach nur durch ein Thema der öffentlichen Meinung hergestellt werden. Dabei sind Themen "bezeichnete, mehr oder weniger unbestimmte und entwicklungsfähige Sinnkomplexe" (Luhmann 1970, 7) und stellen die "Struktur jeder Kommunikation" (Luhmann 1970, 7) dar. Anhand von Themen ist es innerhalb der Interaktion mehrerer Kommunikationspartner möglich, sich gemeinsam auf einen identischen Sinn zu beziehen. Auf diese Weise ist es gewährleistet, dass sie nicht aneinander vorbei reden (Luhmann 1970).

Über dieses Thema – das zum Beispiel das Wetter oder ein Fußballspiel sein kann – werden von den Interaktionspartnern Meinungen geäußert (Luhmann 1970). Meinungen sind in der Theorie Luhmanns "vorübergehend verfestigte Ansicht[en] des Richtigen" (Luhmann, 1975, 75). Ähnlich wie bei Habermas (1990) müssen auch in der Theorie Luhmanns bestimmte Selektionsprozesse durchlaufen werden: auch hier

müssen Meinungen einer öffentlichen Diskussion und einer Prüfung der subjektiven Vernunft standhalten (Luhmann 1975). Die Öffentliche Meinung ist hier die Lösung eines Problems, deren Problemlösungsmöglichkeiten durch einen "Filter" reduziert werden. Dies geschieht, in dem man versucht, die Zustimmung derjenigen zu erhalten, gegen deren Meinung man argumentiert. Dabei sind es die Themen öffentlicher Meinung, die insgesamt strukturgebend für politische Kommunikationsprozesse sind (Luhmann 1975).

Was zum Thema öffentlicher Meinung gemacht werden kann, wird bei Luhmann (1975) unter anderem durch sogenannte Aufmerksamkeitsregeln bestimmt. Diese resultieren aus den Strukturen des politischen Systems und sind dementsprechend variierbar. Luhmann (1975) betont, dass es gerade die Vielzahl der Regeln ist, die eine Offenheit der öffentlichen Meinung gewährleistet. Die von Luhmann (1975, 16–17) beobachteten Aufmerksamkeitsregeln sind beispielsweise der "Status des Absenders einer Kommunikation, beispielsweise den des politischen Führers oder der politischen Führerin" oder "Symptome des politischen Erfolgs, beispielsweise durch steigende Stimmzahlen".

An dieser Stelle wird deutlich, dass es eben nicht unerheblich ist, *durch wen* Themen der öffentlichen Meinung öffentlich gemacht werden. Was Aufmerksamkeit bekommt, hängt eben auch hier davon ab, wer es sagt. Auch daraus ergeben sich unterschiedliche Partizipationsmöglichkeiten und Chancen zur Teilnahme am System.

Wenn darüber hinaus öffentliche Meinung erzeugt, benutzt oder weitergeführt werden soll, ist es nach Luhmann (1975) nötig, auch die sozialen Kanäle im Blick zu haben, auf denen Meinungen ausgetauscht und verbreitet werden sowie den Stellenwert eines Themas für eine bestimmte Personengruppe zu kennen. Bedingt durch die Komplexität dieser Phänomene sind daher professionelle Kenntnisse gefragt, wenn öffentliche Meinung erzeugt werden soll (Luhmann, 1975). Bezogen auf aktuelle digitale Handlungsweisen könnte dies bedeuten, dass es vor allem die sozialen Netzwerke sind, auf denen politische Meinungen gebildet werden.

Es ist demnach ferner auch im Öffentlichkeitsbegriff Luhmanns keinesfalls jedem oder jeder möglich, öffentliche Meinung zu prägen und somit auch politische Kommunikation und Öffentlichkeit herzustellen. Dazu benötigt es Kenntnisse über die Aufmerksamkeitsregeln des Systems. Ebendiese Kenntnisse sind nur auf einer professionellen Ebene zu erlangen und erfordern – konkret angewendet – eine entsprechende Ausbildung. An dieser Stelle sieht Luhmann (1975) Hindernisse an der Herstellung von Öffentlichkeit, Hindernisse an der Partizipation am politischen System. Ist es nicht möglich öffentliche Meinung zu prägen und Aufmerksamkeit für bestimmte Themen zu generieren, ist auch die Strukturierung von Öffentlichkeit nicht möglich.

An dieser Stelle kann es zur medienpädagogischen Aufgabe werden, digitale Machtstrukturen aufzudecken und sichtbar zu machen. Im Sinne Habermas (1990) könnte das Internet dazu genutzt werden, politische Prozesse zu erzeugen und diejenigen miteinzubeziehen, die bisher nur wenig gehört werden. Im Folgenden soll es daher um die Frage gehen, wie die binäre Opposition von Privatheit und Öffentlichkeit bisher im medienpädagogischen Diskurs verhandelt wird. Darüber hinaus werden (weitere) medienpädagogische Implikationen aus den dargestellten Theorien abgeleitet.

3. Medienpädagogische Implikationen

Ähnlich wie im medialen Diskurs scheint sich die medienpädagogische Auseinandersetzung mit Öffentlichkeit und Privatheit vor allem auf den Schutz der Daten im Internet zu konzentrieren. Dabei geht es vor allem um Gefahren und deren Abwehr. So thematisiert beispielsweise ein ganzes Themenheft der Zeitschrift *Computer + Unterricht* Privatheit und Öffentlichkeit (*Computer + Unterricht* 2015). Völlig zurecht fokussiert das Heft auf die Themen Big Data und die Nutzung von Apps aus Datenschutzperspektive.

Dabei bietet die Öffentlichkeit, die durch das Internet ermöglicht wird, auch das große Potenzial der Teilhabe an politischen Prozessen. Dieser

Aspekt wird im medienpädagogischen Diskurs bisher wenig beachtet. Es bedarf daher weiterer medienpädagogischer Forschung sowie Konzepten und Theorien, die sich mit der Herstellung von Öffentlichkeit im digitalen Raum beschäftigen. Dabei können auch andere Altersstufen in den Fokus gerückt werden, sind doch auch diese von Prozessen der Mediatisierung betroffen.

Auf einer (medien-)theoretischen Ebene, die sich gut an medienpädagogische Überlegungen anknüpfen lässt, beschäftigt sich vor allem Wimmer (2012) mit der Teilhabe an Öffentlichkeit. Dabei geht er davon aus, dass sich Öffentlichkeit gegenwärtig im Wandel befindet und durch zunehmende Verbreitung der Medien im Alltag (Mediatisierungsprozesse) verändert wird. Dabei ist es vielmehr die Partizipation als die Öffentlichkeit selber, die digital und damit einhergehend vielfältiger und einfacher wird. Betont wird jedoch auch, dass der Mediatisierungsprozess auch durch Ökonomisierung und Privatisierung charakterisiert ist (Wimmer 2012).

Dabei beschreibt Wimmer (2012, 40) "weiterführende Prozesse bzw. mehrfache Formen mediatisierter Partizipation": Erstens Formen von Teilhabe, die 'klassischen' Partizipationsmöglichkeiten ähneln, zweitens neue Formen von Teilhabe und damit einhergehend neue Optionen zivilgesellschaftlichen Engagements, die das Potenzial haben, soziale Ungleichheiten auszugleichen und drittens die Zunahme der Bedeutung des Subkulturellen und Subpolitischen. An dieser Stelle wird das medienpädagogische Potenzial des Öffentlichen deutlich: neue mediatisierte Partizipationsformen, wie sie von Wimmer (2012) beschrieben werden, können durch medienpädagogische Konzepte gefördert werden und auf diese Weise zivilgesellschaftliches Engagement unterstützen und soziale Gerechtigkeit zum Ziel haben. Subpolitische Prozesse können auch innerhalb der Medienpädagogik zum Thema gemacht werden und so zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit Medien führen.

Die Herstellung von Öffentlichkeit kann in der Habermas'schen Theorie (1990) Regierende zum Handeln auffordern. Öffentlichkeit kann als

politisches Werkzeug genutzt werden. Dieses Werkzeug kann von Jugendlichen genutzt werden, ist aber auch für Erwachsene von Bedeutung. Medienpädagogik kann hier an der Schnittstelle zur politischen Bildung anknüpfen und dazu ermutigen, Medien auf diese Weise zu nutzen. Es wird nicht das klassische demokratische Parteiensystem reproduziert, an dem insbesondere Minderjährige kaum Mitgestaltungsmöglichkeiten haben, sondern 'Partei ergriffen'. So kann das Internet als Gestaltungsmöglichkeit der eigenen Umwelt genutzt werden und an die Lebenswelt junger Menschen angeknüpft werden.

Öffentlichkeit ist im digitalen Zeitalter darüber hinaus nicht (mehr) nur auf den Nationalstaat begrenzt; eine Vielzahl transnationaler Kommunikationsräume ergibt sich aus den Möglichkeiten des Internets. Auch diese Räume können durch medienpädagogische Konzepte gefüllt werden. Auf diese Weise würde globalisierten Kommunikationsstrukturen Rechnung getragen.

Mit Bezug auf medienpädagogische Überlegungen zum Umgang mit dem Privaten im Öffentlichen kann ferner aus der Arendt'schen *Vita Activa* abgeleitet werden, dass erst überhaupt Grenzen zwischen beiden Bereichen gezogen werden müssten. Es müsste zunächst genau definiert werden, was privat und was öffentlich ist. Einen Schritt weiter gedacht, könnte das Internet dann jedoch einen Ort darstellen, der der antiken Agora ähnelt: Jeder Mensch kann gleich sein und über die gleichen Rechte verfügen, Öffentlichkeit herzustellen. Darüber hinaus wäre es gerade hier technisch (wieder) möglich, anonym und somit privat zu sein. Hier wäre das World Wide Web nicht mehr nur ein Medium, sondern ein Ort, ein Raum, der für Politisches geöffnet werden kann. Das Herstellen einer Grenze zwischen Privatem und Öffentlichem könnte dabei auch im Umgang mit Datenschutz von Nutzen sein.

Auch an der Stelle der Luhmann'schen Aufmerksamkeitsregeln können medienpädagogische Überlegungen und Konzepte ansetzen. Hier kann sich mit den Aufmerksamkeitsregeln der medialen politischen Kommunikation auseinandergesetzt und auf diese Weise ein Beitrag dazu geleistet werden, einen kritischen Umgang mit Medien zu schulen.

Darüber hinaus kann das Kennen der Aufmerksamkeitsregeln dazu führen, sich besser im medialen System zurecht zu finden. Auf diese Weise kann ein Empowerment stattfinden und Teilhabe an medialen und politischen Prozessen gefördert werden. Thematische Arbeit zu konkreten Phänomenen kann hier im Zentrum der Überlegungen stehen. Nach Luhmann sind zudem professionelle Kenntnisse gefragt, wenn in sozialen Netzwerken öffentliche Meinungen erzeugt und geprägt werden sollen. Hier kann es zum Ziel gemacht werden solche Fähigkeiten zu fördern und aktuelle digitale Handlungsweisen zum Thema zu machen, um in die Lage zu versetzen, an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen.

Die theoretische Auseinandersetzung mit Theorien zur Öffentlichkeit konnte jedoch auch zeigen, dass systematische Hindernisse an der Herstellung von Öffentlichkeit existieren. Medienpädagogische Theorien und Konzepte können es sich zur Aufgabe machen, thematische Arbeit zu fokussieren und unabhängig vom Status der Personengruppe zu arbeiten. Es kann ferner in die Lage versetzt werden, im Sinne Luhmanns soziale Netzwerke im Blick zu haben. Dabei soll die Fähigkeit vermittelt werden, vorhandene Strukturen des Internets zu nutzen, um Öffentlichkeit für die eigenen Belange herzustellen. Auf diese Weise kann Medienpädagogik einen Beitrag dazu leisten, vorhandene (mediale) Machtstrukturen sichtbar zu machen. Es kann sich also lohnen, über den Diskurs über das Private das Öffentliche nicht zu vergessen.

Literatur

Althaus, Claudia (2000): Erfahrung denken: Hannah Arendts Weg von der Zeitgeschichte zur politischen Theorie, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.

Aufenager, Stefan/Bastian, Jasmin (2015): Themenschwerpunkt: Privatheit und Öffentlichkeit. Computer + Unterricht, Spezial Jugend + Medien, 100.

Arendt, Hannah (1960): Vita Activa Oder Vom Tätigen Leben, Stuttgart: W. Kohlhammer.

Arendt, Hannah (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß, hg. von Ursula Ludz, München und Zürich: Piper.

Beck, Ulrich (2003): Verwurzelter Kosmopolitismus: Entwicklung eines Konzeptes aus rivalisierenden Begriffsoppositionen, in: Globales Amerika? Die kulturellen Folgen der Globalisierung, hg. von Ulrich Beck, Natam Sznajder und Rainer Winter, Bielefeld: transcript, 25–43.

Butler, Judith (2011): Bodies in Alliance and Politics of the Street, online unter: <http://suebellyank.com/wp-content/uploads/2011/11/ola-reader-full.pdf> (letzter Zugriff: 18.11.2016).

Fraser, Nancy (2008): Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität in der postwestfälischen Welt, in: Medien – Politik – Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung, hg. von Johanna Dorer, Brigitte Geiger und Regina Köpl, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 18–34.

Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Hurrelmann, Klaus/Albert, Mathias (2015a): Freizeit und Internet, online unter: <http://www.shell.de/ueber-uns/die-shell-jugendstudie/freizeit-und-internet.html> (letzter Zugriff: 18.11.2016)

Hurrelmann, Klaus/Albert, Mathias (2015b): Jugend und Politik, online unter: <http://www.shell.de/ueber-uns/die-shell-jugendstudie/jugend-und-politik.html> (Letzter Zugriff: 18.11.2016)

Jenkins, Henry et al. (2009): Confronting the Challenges of Participatory Culture. Media Education for the 21st Century, Cambridge (Mass)/London: The MIT Press.

Luhmann, Niklas (1970): Öffentliche Meinung, in: Politische Vierteljahresschrift: Zeitschrift der deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft 11, 2–28.

Luhmann, Niklas (1975): Öffentliche Meinung, in: Politische Planung – Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung, hg. von Niklas Luhmann, Opladen: Westdeutscher Verlag, 9–34.

Wimmer, Jeffrey (2012): Teilhabe an Öffentlichkeit im Wandel: Die Implikationen der Mediatisierung von Partizipation, in: Medien + Erziehung: Merz ; Zeitschrift für Medienpädagogik 56.5, 35–41.

Winter, Rainer (2012): Politischer Aktivismus, digitale Medien und die Konstitution einer transnationalen Öffentlichkeit, in: Partizipation und Engagement im Netz – Neue Chancen für Demokratie und Medienpädagogik, hg. von Klaus Lutz, Eike Rösch und Daniel Seitz, Schriften zur Medienpädagogik 47, München: kopaed, 43–52.

[1] Im Sinne Jenkins u. a. (2009) soll im Folgenden eine partizipative Medienkultur vor Augen stehen, die unter anderem von geringen Zugangsbarrieren zu zivilgesellschaftlichem Engagement ausgeht, eine starke Unterstützung für das eigene Schaffen bieten und deren Mitglieder das Gefühl haben können, dass ihr Beitrag von Bedeutung ist.